



Gemeinde Mainhardt

Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderats vom 24. Juni 2026

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr

Vorsitzender

Komor, Damian

Mitglieder

Braun, Volker
Eisenträger, Birgit
Feger, Jürgen
Feuchter, Wolfgang
Föll, Daniel
Kemppel, Stephan
Müller, Simon
Röger, Karina
Schanzenbach, Bernd
Schoch, Claudia
Schoch, Joshua (ab 17.25 Uhr ; TOP 2)
Schoch, Tilman
Simm, Pascal
Stamer, Tobias
Truckenmüller, Wolfgang
Wagner, Thomas
Walz, Birgit, Dr.

Schriftführung

Häfner, Daniela

Verwaltung

Feger, Lara
Kübler, Daniela
Lürtzing, Steven
Wagenländer, Friedmar

Ortsvorsteher

Fischer, Guido
Hofmann, Bettina
Vogelmann, Larissa

Öffentliche Sitzung vom 24. Juni 2026

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder

Noller, Janik (krank)

Zur Beurkundung:

Damian Komor
Bürgermeister

Daniela Häfner
Schriftführerin

Gemeinderat:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

		Vorlage Nr.
TOP 1	Bekanntgaben	
TOP 2	Anfragen und Anregungen des Gemeinderats	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Bebauungsplan "Solarpark Hohenegarten" - Zustimmung zum Vorentwurf und zur Durchführung der früh- zeitigen Beteiligung	045/2026
TOP 5	Anpassung der Elternbeiträge in Kindertagesstätten 2026/2027 und 2027/2028	034/2026
TOP 6	Umstellung auf digitale Wasserzähler	046/2026
TOP 7	Ersatzbeschaffung Muldenanhänger Bauhof	047/2026
TOP 8	Bausachen	

§ 1 Bekanntgaben

Beratungsverlauf:

BM **Komor** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Mahling vom Haller Tagblatt als Vertreter der Presse sowie die Mitglieder des Gemeinderats. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Er gibt bekannt, dass in der letzten nichtöffentlichen Sitzung durch einstimmigen Beschluss die Stelle der Fachbeamtin für das Finanzwesen mit Frau Daniela Kübler als Nachfolgerin von Herrn Wagenländer besetzt worden sei. Zudem habe man sich mit dem weiteren Vorgehen zum Wiederaufbau der Alten Schule und den zu erwartenden Versicherungsleistungen auseinandergesetzt.

BM **Komor** gibt weiter bekannt, dass entsprechend des Auftrags des Gemeinderats zwischenzeitlich Angebot für die am Feuerwehrmagazin zum Anschluss an die Nachwärme auszuführenden Arbeiten eingeholt worden seien und die Firma Poleschner dabei der günstigste Bieter gewesen sei.

§ 2 Anfragen und Anregungen des Gemeinderats

Beratungsverlauf:

Gemeinderätin **Eisenträger** bedankt sich für die schnelle und gute Lösung die für die Radfahrer zur Umfahrung der Baustelle auf dem Radweg zwischen Mainhardt und Ammertsweiler eingerichtet worden sei. Gleichzeitig merkt sie aber auch an, dass die zuletzt entlang der Bundesstraße in den Ortschaften aufgestellten Halteverbotsschilder teilweise so tief stehen würden, dass sie für vorbeifahrende Radfahrer zur Gefahr werden könnten.

Diese Schilder seien nicht auf Initiative der Gemeinde, sondern vielmehr für einen anstehenden Schwerlasttransport aufgestellt worden, vermutet Herr **Lürtzing**. Er werde aber deshalb auf das Straßenbauamt zugehen.

BM **Komor** bedauert auf die Nachfrage von Gemeinderätin **Eisenträger** zum Fußweg am REWE und dem Termin für die Errichtung des Funkmasts nichts Neues sagen zu können. In beiden Fällen sei aber von der Verwaltung angefragt worden, warte aber noch Antwort.

Abschließend bittet Gemeinderätin **Eisenträger** noch darum, im Waldboten auch auf die den Radverkehr betreffende Baustellen hinzuweisen so wie es für Baustellen an Straßen ja bereits erfolge.

Gemeinderat Tilman **Schoch** möchte wissen, wann der Abschnitt der Landesstraße zwischen der Abzweigung Geißelhardt und den Seehäusern erfolge. In diesem Zuge könne nämlich für den im Bereich Hof Esslinger verlaufenden Wanderweg eine Verbesserung durch das Anlegen eines geschotterten Seitenstreifens erfolgen, regt er an. Gemeinderat **Feuchter** kündigt an, zur Veranschaulichung noch Bilder zu schicken, woraufhin BM **Komor** zusagt, Kontakt mit dem Straßenbauamt aufzunehmen.

Gemeinderat **Simm** erkundigt sich, ob es für die Paketstation am Limesstüble einen Ersatz geben werde. Hierzu führt BM **Komor** aus, dass vom Grundstückseigentümer noch vor dem Abbau ein Alternativstandort angeboten worden sei und auch die Betreiber des Getränkemarkts Schlugg bereits Interesse angemeldet hätten. Bedauerlicherweise habe es aber bislang keinerlei Reaktion der Deutschen Post gegeben und es sei auch noch nicht gelungen, einen Ansprechpartner ausfindig zu machen.

Gemeinderätin **Röger** greift das in der letzten Sitzung von Gemeinderat Kemppel aufgeworfene Thema der Entwicklung des Grundwasserspiegels auf und möchte wissen, wie es aktuell um die Trinkwasserversorgung bestellt sei. BM **Komor** beruhigt hier mit dem Hinweis, dass es bislang keine Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung gebe. Die Tiefbrunnen schütteten nach wie vor, versichert er und sagt zu, dass sofort reagiert werde, sobald sich hier Engpässe abzeichneten.

In diesem Punkt zeigt sich Gemeinderätin **Röger** beruhigt, bittet aber genau wie Gemeinderat **Kemppel** darum, zu den Grundwasserpegelständen und der Überwachung der Wasserentnahmen aktuell im Gemeinderat zu berichten.

Weiter regt Gemeinderätin **Röger** an, die von der Gemeinde zu pflegenden Grünflächen dahingehend anzuschauen, welche davon unter Umständen weniger intensiv oder vielleicht statt vom Bauhof über ein Schülerprojekt bearbeitet werden könnten. Die Verwaltung freue sich über konkrete Einsparungsvorschläge auch in diesem Bereich, so BM **Komor**. Bedauerlicherweise aber nehme das ehrenamtliche Engagement hier immer weiter ab. Zudem habe

Öffentliche Sitzung vom 24. Juni 2026

der letzte Versuch der extensiven Bewirtschaftung öffentlicher Grünflächen innerhalb der Ortslage in der Bevölkerung wenig Anklang gefunden. Vielmehr seien die in diesem Zuge angelegten Blühstreifen als ungepflegt bemängelt worden.

Im Zusammenhang mit der Grünflächenpflege wiederholt Gemeinderat **Kemppel** seinen Verdacht, dass über die Flurneuordnung ausgewiesene Ausgleichsflächen teilweise nicht ordnungsgemäß bearbeitet würden, weshalb er um eine Übersicht über diese Flächen bittet. Frau **Häfner** bietet deshalb erneut an, die Akten hierzu bei ihr im Büro einsehen zu können.

Bei Ausbau des Radwegs zwischen Michelfeld und Bubenorbis laufe alles planmäßig und es seien derzeit auch keine Verzögerungen zu erwarten, berichtet Herr **Lürtzing** auf Nachfrage von Gemeinderat *Feger*.

Ortsvorsteherin **Hofmann** macht darauf aufmerksam, dass es für Fahrradfahrer im Bereich zwischen dem Wasserturm Hütten und Stock wegen schlechter Einsehbarkeit im Bereich des dortigen Sees häufig zu gefährlichen Situationen komme, weshalb BM Komor zusagt, diesen Punkt zu prüfen und gegebenenfalls auf die Agenda der Kreisverkehrsschau zu nehmen.

In diesem Zusammenhang kündigt Herr **Lürtzing** an, dass der Verbindungsweg zwischen Hütten und Mainhardt entlang der Hackschnitzelanlage voraussichtlich ab dem 01.07.2026 wieder befahrbar sei. Damit werde die von Frau Hofmann angesprochene Strecke ohnehin wieder an Bedeutung verlieren.

Gemeinderat **Föll** thematisiert nochmals die Baustelle am Radweg nach Ammertsweiler, weshalb Herr **Lürtzing** über den bisher noch ungeklärten Wasseraustritt in diesem Bereich berichtet. Die Arbeiten wären erforderlich gewesen, um dieses Phänomen beobachten zu können um dadurch eventuell herauszufinden, woher das Wasser stamme.

§ 3 Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:

Nachdem sich aus der Einwohnerschaft keine Fragen ergeben, schließt BM **Komor** diesen Tagesordnungspunkt.

§ 4 Bebauungsplan "Solarpark Hohenegarten"
- Zustimmung zum Vorentwurf und zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung
Vorlage: 045/2026

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Vorentwurf des Bebauungsplans „Solarpark Hohenegarten“ zu und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB. Maßgeblich ist der Vorentwurf mit Schriftteil und zeichnerischem Teil, jeweils vom 24.06.2026, gefertigt vom Kreisplanungsamts Schwäbisch Hall.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

Beratungsverlauf:

BM **Komor** verweist hierzu auf die Sitzungsvorlage Nr. 045/2026, die außer dem Lageplan auch den Schriftteil des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Solarpark Hohenegarten“ enthält. Er erinnert außerdem an die hierzu bereits stattgefundenen Vorberatungen einschließlich eines Vor-Ort-Termins und berichtet darüber, dass über den aktuellen Stand der Planung zuletzt im Rahmen einer kleinen Bürgerversammlung für Hohenegarten informiert worden sei.

BM **Komor** geht anhand des Lageplans und des Vorhabenplans kurz auf die wesentlichen Punkte des Vorentwurfs ein, der in seiner Abgrenzung gegenüber dem Aufstellungsbeschluss geringfügig reduziert worden sei. Dabei sei ein Grundstücksstreifen im Westen innerhalb des Waldabstands herausgenommen worden. Mit den Vorgaben zum Waldabstand kollidiere die Planung damit nur noch ganz geringfügig im südöstlichen Bereich. Hier werde es vermutlich erforderlich, dass der Vorhabensträger eine Haftungsverzichtserklärung gegenüber dem Waldbesitzer abgibt.

Im Vergleich zur Freiflächenphotovoltaikanlage in Bubenorbis seien die Module hier in Hohenegarten deutlich höher geplant und deshalb mit einer maximalen Höhe von 4 m festgesetzt. Neu sei außerdem die Festsetzung der maximalen Höhe für Masten zur Kameraüberwachung der Anlage, erläutert BM **Komor** die Planung. Weitere Festsetzungen betreffen die Zulässigkeit des Batteriespeichers, der laut Aussage des Wasserwirtschaftsamts auch innerhalb der Wasserschutzzone mit entsprechenden Auflagen möglich sei, die Zuwegung, die Einzäunung und die Begrünung.

Auf Nachfrage von Gemeinderätin **Röger** antworte Frau **Häfner**, dass es sich bei der Anlage nicht um eine Agriphotovoltaikanlage handle und deshalb unter den Modulen weiterhin gemäht werde.

Nachdem sich keine weiteren Fragen ergeben, bitte BM **Komor** um die Abstimmung zum vorgetragenen Beschlussantrag.

§ 5 Anpassung der Elternbeiträge in Kindertagesstätten 2026/2027 und 2027/2028
Vorlage: 034/2026

Beschluss:

1. Die Anpassung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2026/2027 erfolgt ab 01.09.2026 wie in der Anlage 1 beschrieben.
2. Die Anpassung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2027/2028 erfolgt ab 01.09.2027 wie in Anlage 2 beschrieben.
3. Für die jährliche Gebührenerhöhung wird ein Automatismus eingeführt, d.h. die Verwaltung erhöht die Elternbeiträge jährlich um den vorgeschlagenen Erhöhungsbetrag von den Landesverbänden, sowie einem Zuschlag bis maximal 7% Gesamterhöhung.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst

Beratungsverlauf:

Mit dem Hinweis auf die zurückliegenden Beratungen führt BM **Komor** in das Thema ein, das jährlich auf der Tagesordnung stehe. Auch jetzt wieder lägen die Empfehlungen der Landesverbände vor für die stufenweise Erhöhung der Elternbeiträge für die Kindertagesstätten.

Wie sich diese Erhöhung auf die tatsächlichen Kindergartengebühren in Mainhardt auswirkten, wie sich dadurch der Kostendeckungsbeitrag verändere und welches Defizit von der Gemeinde zu decken sei, erläutert Frau **Kübler** anhand der Tabelle, die dem Gremium auch bereits aus der Beratung zum Kindergartenbedarfsplan bekannt sei. Frau **Kübler** erinnert weiter an zuletzt immer wieder auf den Prüfstein gestellten Grundsatzbeschluss wonach jährlich zusätzlich zur Erhöhung nach Landesrichtsatz die Gebühren um 3% erhöht werden sollten um damit die durch die dezentrale Struktur entstehenden Mehrkosten wenigstens annähernd decken zu können.

Da aus den Vorberatungen deutlich geworden sei, dass der Gemeinderat trotz der schlechten finanziellen Situation der Kommune die Familien nicht zu sehr belasten wolle, werde deshalb jetzt eine Deckelung auf eine maximale jährliche Erhöhung von 7 % vorgeschlagen. Diese solle künftig automatisch erfolgen, so lange sich nicht aus der aktuellen Kostenentwicklung weiterer Handlungsbedarf erkennen lasse. Eine Information darüber erfolge regelmäßig im Rahmen der Beratung des Kindergartenbedarfsplans, so der von Frau **Kübler** vortragene Vorschlag der Verwaltung.

In dem Zusammenhang informiert BM **Komor** über die aktuell laufende Kampagne der Kommunen und Landkreise, die auf die immer schlechter werdende Situation aufmerksam machen wolle um zum einen die Bürgerschaft darüber zu informieren und zum anderen die Politik zum Umdenken zu bewegen. Angesichts der aktuellen Überlegungen, das kostenfreie letzte Kindergartenjahr in der Form einführen zu wollen, dass vom Land zwar der Elternbeitrag nicht aber der Kostenanteil der Kommunen übernommen werden soll, erscheine dies dringend erforderlich.

Sodann bittet BM **Komor** um die Abstimmung zu den Beschlussanträgen Ziffer 1-3.

§ 6 Umstellung auf digitale Wasserzähler
Vorlage: 046/2026

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Informationen zur möglichen Umrüstung auf digitale und fernablesbare Wasserzähler zur Kenntnis und beschließt, davon zunächst noch nicht Gebrauch machen zu wollen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau **Kübler** informiert anhand der Sitzungsvorlage Nr. 046/2026 über das Thema digitale und fernablesbare Wasserzähler, mit dem sich die Verwaltung schon längere Zeit beschäftigt. Sie benennt die Vorteile, die diese Technik im Vergleich zum herkömmlichen System mit sich bringen würde und legt die voraussichtlichen Kosten für die Umrüstung und die zu erwartenden Einsparpotentiale dar. Der wegen Ablaufs der Eichfrist anstehende Austausch mehrerer Hundert Wasserzähler wäre für eine Umrüstung ein günstiger Zeitpunkt, schließt Frau **Kübler**.

BM **Komor** ergänzt diese Ausführungen um den Bericht über eine im Landratsamt stattfindene Informationsveranstaltung zur Einführung eines LoRaWAN-Systems für eine landkreisweite Funknetzabdeckung, die dann auch für die Ablesung dieser digitalen Wasserzähler genutzt werden könnte. An den Kosten für den Aufbau dieses Funknetzes beteilige sich der Landkreis mit 50 % bei den Gemeinden, die sich jetzt dem Verbund anschließen. Deshalb empfehle sich dieser Schritt unabhängig von der Einführung digitaler Wasserzähler auf jeden Fall, so BM **Komor**.

Im Anschluss an den Sachvortrag werden aus der Mitte des Gremiums Fragen aufgeworfen wie etwa nach der Möglichkeit der Einbindung der Fernwirktechnik für die Kläranlage, der Übertragungssicherheit bei unterirdisch verbauten Wasserzählern, der Anfälligkeit bei einem Verbau an dauerhaft feuchten Stellen wie zum Beispiel in Ställen, dem Umgang mit Haushalten, in denen mehrere Wasserzähler verbaut seien und denen, die sich gegen die Umstellung wehrten, der Datensicherheit sowie der Entsorgung der digitalen Geräte, in die Batterien fest verbaut seien.

Ausgetauscht würden die Zähler, die der Gemeinde gehörten. Die in einigen Haushalten zusätzlich verbauten Wasserzähler seien in der Regel privat und vom Austausch durch die Gemeinde nicht erfasst, macht Frau **Kübler** deutlich und weist auch darauf hin, dass die Gemeinde als Wasserversorger letztendlich das Abrechnungssystem festzulegen habe. Natürlich müssten die Bürger aber aufgeklärt werden, auch über die Datensicherheit. Da die Daten über eine Schnittstelle direkt über das Rechenzentrum ins SAP eingepflegt würden, sei die aus ihrer Sicht gegeben. Durch die dauerhaft verfügbaren aktuellen Daten wären außerdem immer auch Rückschlüsse auf den tatsächlichen Wasserverbrauch möglich. Das verbessere zum einen die Versorgungssicherheit und helfe zum anderen schnell zu erkennen, wenn irgendwo unerklärlich hohe Wassermengen verloren gingen, beantwortet Frau **Kübler** einige der Fragen.

Öffentliche Sitzung vom 24. Juni 2026

BM **Komor** bedankt sich für die Fragen, denen im Einzelnen noch nachgegangen werde, sobald der Gemeinderat die Verwaltung damit beauftrage, die Umstellung vorzubereiten. Tatsache sei aber, dass die digitalen Wasseruhren bereits in einigen Kommunen eingeführt seien und die Technik bereits soweit erprobt sei um sagen zu können, dass sie funktioniere.

Aus der weiteren Aussprache wird deutlich, dass trotz des eigentlich günstigen Zeitpunkts die Umstellung zunächst noch geschoben werden sollte. Diesem Vorschlag von Gemeinderat **Schanzenbach** schließen sich unter anderem wegen der hohen Kosten, der noch offenen technischen Fragen und dem zu erwartenden Widerstand aus der Bevölkerung die Gemeinderäte Dr. **Walz**, **Röger**, Claudia **Schoch**, **Wagner**, **Feuchter** und Tilman **Schoch** in ihren Wortbeiträgen an.

§ 7 Ersatzbeschaffung Muldenanhänger Bauhof
Vorlage: 047/2026

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Ersatzbeschaffung für den MAYTEC – Wechselmuldenanhänger bei der Firma Unkauf – Landmaschinen Technik für 38.221€ zu beauftragten.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Die Ersatzbeschaffung des Muldenanhängers sei wegen der Abnutzung des vorhandenen erforderlich, erklärt Herr **Lürtzing**, der entsprechend der Sitzungsvorlage Nr. 047/2026 den Umfang der Ersatzbeschaffung und dazu das Angebot der Firma Unkauf einschließlich der Inzahlungnahme des alten Anhängers erläutert.

Sodann ruft BM **Komor** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung auf.

§ 8 Bausachen

Beratungsverlauf:

BM **Komor** gibt bekannt, dass aktuell keine Bausachen zur Beratung vorliegen und schließt damit den öffentlichen Teil der Sitzung.